

Erfolge bei der Armutsbekämpfung in Chile

- Regierung triumphiert - Opposition relativiert -

Alle drei Jahre erheben staatliche Stellen in Chile statistische Daten über die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte. Die Regierung stellte am 8. Juni die Ergebnisse der Erhebung für das Jahr 2006 vor. Im Vergleich zu den Untersuchungen, die seit 1990 unter der Verantwortung des chilenischen Planungsministeriums vorgenommen werden, hat sich die Armut im Land erheblich verringert.

Als arm gilt ein Haushalt in urbanen Gebieten mit einem monatlich verfügbaren Einkommen von \$ 47.099,- chil. Pesos (66 Euros) und auf dem Lande mit \$ 31.756,- chil. Pesos (45 Euros). Die extreme Armut wird an den Einkommenshöhen von \$ 23.549,- chil. Pesos (33 Euros) in städtischen und \$ 18.146,- chil. Pesos (25 Euros) monatlich in ländlichen Gebieten festgemacht.

Die neueste Erhebung wurde zwischen dem 7. November und dem 20. Dezember 2006 durchgeführt. Rund 74.000 Haushalte (45.000 in Städten; 29.000 auf dem Land) wurden befragt. Laut Aussagen des Planungsministeriums umfasst diese Erhebung 269.000 Personen und repräsentiert statistisch die Gesamtbevölkerung zu 95 %.

Mit Stolz verweist die seit 17 Jahren regierende Koalition auf einen **Abbau der extremen Armut** im Land um 31 % seit 1990 bis Ende 2006 (Rückgang von 1,6 Mio. Personen 1990 auf 500 Tsd. in 2006). Noch bedeutender im gleichen Zeitraum sei die **Reduzierung der Armut**, die um die Hälfte zurückgegangen sei (von 3,3 Mio. Menschen in 1990 auf 1,7 Mio. Personen in 2006).

Die Statistik weist für Ende 2006 **13,7 % der chilenischen Gesamtbevölkerung als arm** und **3,2 % als extrem arm** aus. Im Vergleich dazu galten in 1990 26 % als arm und 13 % aller chilenischen Haushalte als extrem arm. Darüber hinaus habe sich die Schere zwischen dem Anteil am Volkseinkommen der 20 % reichsten Bürger und dem Anteil der 20 % ärmsten Chilenen etwas geschlossen. **Der Gini Koeffizient**, als internationales Maß für die Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, **sei von 0,57 % in 1990 auf 0,54 % in 2006 gefallen**. Die sei laut Verlautbarung der Regierung eine Trendwende; die Opposition spricht von einer durch das Zufallsprinzip begründeten Abweichung.

Trotz dieser erfreulichen und positiven Entwicklung gehen die Meinungen zur Interpretation der Armutsstatistik auseinander. Während die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler, die der Concertation nahe stehen, den Grund für die bemerkenswerte Verringerung im Erfolg der seit 1990 aufgelegten Sozialpolitiken sehen, verweisen die der Opposition zuneigenden Ökonomen auf den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, privaten Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und der liberalen Außenwirtschaftspolitik.

Da das Land nach Auffassung liberaler Ökonomen in den letzten Jahren unter den Möglichkeiten eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zurückgeblieben sei, läge der Anteil armer und extrem armer Haushalte bei konsequenterer freiheitlicher Wirtschaftspolitik noch tiefer. Das Gieskannenprinzip der chilenischen Sozialprogramme erreiche die Bedürftigen nur bedingt. Die staatlichen Ausgaben müssten stärker fokussiert und effizienter ausgestaltet werden.

Beide Seiten stimmen darin überein, dass die Integration in den ersten Arbeitsmarkt die besten Voraussetzungen zur Reduzierung der Armut bildet. Die wirtschaftspolitischen Träger sind sich mit der Opposition darin einig, dass nur in

Zeiten eines stetigen Wirtschaftswachstums Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen werden. Dennoch verdeutliche die statistisch erhobene Entwicklung die Notwendigkeit, die marktwirtschaftliche Allokation durch sozialpolitische Maßnahmen zu flankieren. Die prozentualen Rückführungen sprächen für die Richtigkeit der von der Regierung betriebenen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ganz gleich, wie die Argumentationslinien gewichtet werden: Chile kann auf seine wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung mit Stolz verweisen. In keinem anderen lateinamerikanischen Land ist der Rückgang der Armut so erfolgreich und stetig vollzogen worden. Welchen Anteil daran nun die marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik mit den nötigen Freiräumen für private Initiativen und der damit verbundenen Investitionen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen oder die flankierenden Sozialprogramme der Concertationsregierungen besitzen, ist für die politische Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition von Bedeutung; für die betroffenen Haushalte steht im Vordergrund, dass für sie sich Optionen und sozialer Aufstieg eröffnen.

Santiago im Juni 07